

## Medienmitteilung

Bern, 24.01.2019

Weitere Auskünfte erteilen:

Kurt Rohrbach, Präsident HIV des Kantons Bern, Telefon 076 370 54 01

Adrian Haas, Direktor HIV des Kantons Bern, Telefon 079 717 24 24

## Abstimmungen vom 19. Mai 2019: JA zur STAF

**Der Leitende Ausschuss des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern (HIV) hat anlässlich seiner Januarsitzung die Parolen zu den Volksabstimmungen vom 19. Mai 2019 gefasst. Der Wirtschaftsverband sagt JA zu den beiden nationalen Vorlagen (Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung STAF sowie Übernahme der EU-Waffenrichtlinie). Auf kantonaler Ebene unterstützt der HIV bei der Abstimmung über das Sozialhilfegesetz (SHG) die Grossratsvorlage.**

Der Leitende Ausschuss des HIV - welcher aus dem Präsidium, den acht Sektionspräsidenten und dem Direktor besteht - befasste sich eingehend mit den Vorlagen, welche am 19. Mai 2019 an die Urne kommen.

### Zwei Mal JA zu den eidgenössischen Vorlagen

Für die beiden Bundesvorlagen empfiehlt der HIV jeweils die JA-Parole. Das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF; vormals Steuervorlage 17) schafft – im Rahmen eines gangbaren Kompromisses - für die betroffenen Unternehmen ein international anerkanntes Steuersystem und damit Rechtssicherheit. Deshalb ist diese Vorlage aus Sicht der Wirtschaft zu begrüßen. Überdies kann im Zuge der kantonalen Umsetzung der STAF erneut ein Versuch unternommen werden, die nach wie vor zu hohe Steuerbelastung für Unternehmen im Kanton Bern zu senken.

Auch die Vorlage zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes) wird vom HIV befürwortet. Dies vor allem aufgrund von zwei grundsätzlichen Überlegungen: Einerseits sind die vorgesehenen Regelungen aus wirtschaftlicher Sicht verhältnismässig und nachvollziehbar, andererseits könnte eine Nichtumsetzung der Richtlinie die Beendigung von Schengen/Dublin zur Folge haben, was für die Schweizer Volkswirtschaft einen Milliarden-Schaden bedeuten würde.

### Sozialhilfegesetz: 1x JA, 1x NEIN und Stichfragenvorzug für Grossratsvorlage

Bei der kantonalen Vorlage zur zukünftigen Ausgestaltung der öffentlichen Sozialhilfe spricht sich der HIV klar für die grossrätliche Vorlage und gegen den Volksvorschlag aus. Es gilt den Kostensteigerungen im Sozialhilfebereich mit geeigneten Massnahmen entgegenzutreten und auch den Anreiz zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erhöhen. Der HIV empfiehlt deshalb ein JA zur Grossratsvorlage und ein NEIN zum Volksvorschlag. Bei der Stichfrage soll der Grossratsvorlage der Vorzug gegeben werden.